

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema: **Bildung und Erziehung**

Wollen wir auch künftig unseren heutigen Lebensstandard in Deutschland erhalten, ist unser wichtigster „Rohstoff“ Bildung und der Leistungswille unserer Bevölkerung! Wir sind davon abhängig, einen Innovationsvorsprung zu halten, sonst werden sich unsere Lebensbedingungen langfristig verschlechtern. PISA (Programm zur internationalen Schülerbewertung) brachte es an den Tag: Deutschland befindet sich im internationalen Vergleich bestenfalls im oberen Mittelfeld, Berlin lag im Vergleich der deutschen Bundesländer in der Schlussgruppe. Deshalb setzen wir im Bereich Bildung einen politischen und finanziellen Schwerpunkt. Unsere Gesellschaft verändert sich: Die Anzahl der Jüngeren nimmt ab, die der Älteren steigt. Wir können es uns nicht leisten, dass fast 10% der Berliner Schüler die Schulen ohne Schulabschluss verlassen und in der Welt von Morgen praktisch chancenlos sind. Pünktlichkeit, Ordnung und Fleiß müssen wieder stärkere Bedeutung im Rahmen der Erziehung bekommen, um junge Menschen konkurrenzfähig in den Arbeitsmarkt entlassen zu können. Wir müssen unsere Bildungsreserven auf allen Ebenen im Rahmen einer neuen Bildungsoffensive aktivieren. Fördern und Fordern im Sinne des lebenslangen Lernens gilt für alle, in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien. Dazu gehören: Erhöhung der Quote von Schülern und Schülerinnen mit anerkanntem Schulabschluss, zeitgemäße Berufsausbildung und Weiterbildung, z. B. von Facharbeitern zu Ingenieuren und Qualifizierung von Menschen ohne Ausbildung. Dafür brauchen wir in erster Linie klare Konzepte und den Willen, diese umzusetzen, aber auch eine Aufstockung der Bildungsausgaben.

In keinem Bundesland ist der Bildungserfolg so stark mit der sozialen Herkunft verbunden wie in Berlin. Das ist eine Bankrotterklärung für die Bildungspolitik von SPD und Linkspartei, die bei allen ihren Reformbewegungen das Gegenteil propagierten und seit 10 Jahren die politische Verantwortung in Berlin tragen. Die CDU will dies grundlegend ändern, sowohl in der Schulbildung als auch in der Erwachsenenbildung. Im Folgenden wird ausgehend vom bezirklichen Fokus skizziert, welche Ziele die CDU Tempelhof-Schöneberg für die kommende Legislaturperiode anstrebt.



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem

Die Zuständigkeiten des Bezirks im Schulbereich erstrecken sich auf die „äußeren Schulangelegenheiten“, d. h. auf die Schulentwicklungsplanung, die Einrichtung und den Erhalt von Schulgebäuden und das bedarfsgerechte Vorhalten von Schulplätzen. Damit untrennbar verbunden bleiben jedoch pädagogische und organisatorische Fragestellungen, die im Wechselspiel zwischen dem Land Berlin und dem Bezirk gelöst werden müssen.

Der Auftrag von Schulen und Lehrkräften geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Kompetenzen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt eine wichtige ergänzende Bedeutung zu. Durch eine stärkere Identifikation mit der eigenen Schule wird eine höhere Bereitschaft erreicht, sich für die Schulgemeinschaft einzusetzen und das Lernklima zu verbessern. Wir begrüßen die Veröffentlichung der Schulergebnisse bei Vergleichsarbeiten, mittlerem Schulabschluss usw. im Internet. Transparenz hilft Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bei der Schulwahl.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse für deutsche Schülerinnen und Schüler in internationalen Vergleichsstudien haben die Berliner Schulen in den letzten Jahren eine Fülle von Reformen erlebt. Um festzustellen, ob und wie eine Reform wirkt, bedarf es einer Reformpause und fundierter Untersuchungen über die erreichte Unterrichtsqualität. Wir fordern ein Ende der ständigen Schulreformen ohne ausreichende Finanzierung von Unterstützungssystemen für die betroffenen Schulen. Das Schulinspektionswesen muss überarbeitet und gestärkt werden, damit es ein taugliches Instrument zur Messung der Qualität einer Schule und des Unterrichts wird. Es muss sicher gestellt sein, dass aus den Ergebnissen der Schulinspektion Konsequenzen für die pädagogische Arbeit an den Schulen gezogen werden, aber auch personelle Konsequenzen müssen möglich sein.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland werden von Land und Bezirk weitere Schritte gefordert, die einen integrativen Schulbesuch von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung an Regelschulen (Inklusion) sicherstellen können. Eine flächendeckende Einführung der Inklusion ist allein aus baulicher Sicht mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich. Daher sind regionale Schwerpunktschulen zu fördern. Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat sich z. B. die Steinwaldschule dieser Aufgabe gestellt.

Die CDU hält weiterhin am Wahlpflichtfach Religion/Ethik fest, auch wenn das Volksbegehren „Pro Reli“ nicht zu einer veränderten Politik des Berliner Senats geführt hat. Dieses Modell bietet auch die Möglichkeit eines Islamkundeunterrichts von in Deutschland ausgebildeten Lehrern unter staatlicher Regie. Dies verhindert auch die Vermittlung eines Weltbildes, dass im Hinblick auf die Lebensverhältnisse in Deutschland zumindest problematisch ist.

Unsere Schulstandorte richten sich nach Angebot und Nachfrage

Seit Jahren beklagen wir immer wieder, dass die Instandhaltung der öffentlichen Gebäude durch das Land Berlin unzureichend ist. Kann dies auch künftig nicht sichergestellt werden, muss ernsthaft geprüft werden, wie die z. T. unhaltbaren Zustände mit Hilfe privater Investoren verändert werden können. Der Sanierungstau von de facto 100 Millionen Euro allein an den Schulen und Sporthallen unseres Bezirks lässt sich durch Schönreden nicht abbauen. Vorrangig ist unbedingt ein Programm zur Toilettensanierung sowie zum Bau von Mensen als Essensräume für Schulen mit Ganztagsangebot. Wir

wollen eine kritische Betrachtung von Schulstandorten, wenn die Akzeptanz der Eltern, ablesbar anhand niedriger Schüleranzahlzahlen, schwindet. Liegen die Defizite in erster Linie im pädagogisch-inhaltlichen Bereich, bedarf es z. B. unterstützender Hilfen für die Pädagogenteams oder ggf. einer Veränderung in der Schulleitung. Liegen die Defizite im baulichen Bereich, ist neben der Sanierung des Gebäudes auch die Aufgabe des Standortes oder von Teilen davon zu prüfen. Durch sinkende Schülerzahlen sind im nächsten Jahrzehnt zunehmend Gebäudeleerstände zu erwarten, so dass der Umzug ganzer Schulen möglich wird. Dafür brauchen wir ein Gebäudekataster, das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Gebäudezustands und der notwendigen Investitionen aufgebaut ist und der Steuerung unserer viel zu geringen Bauinvestitionsmittel dient.

Integration und Sprachförderung

Zur Integration gehört, dass Deutsch nicht nur als Unterrichtssprache sondern auch im Freizeitbereich der Schulen konsequent genutzt werden sollte, um das Erlernete zu sichern. Grundsätzlich ist anzustreben, verstärkt Lehrerinnen und Lehrer mit Mehrsprachigkeit und interkulturellem Hintergrund einzustellen, wegen ihrer Vorbildwirkung und der kulturellen Integration von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft. Dies kann auch zu einer größeren Akzeptanz und Teilnahme am Schulunterricht führen und das Schuleschwänzen minimieren.

Für Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft sind die bislang speziell dafür vorgesehenen Förder- und Hilfsangebote nicht effektiv und zielgerichtet genug eingesetzt worden. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass die eingesetzten Lehrstellen auch wirklich für diese Förderangebote verwendet werden und alle Schulen ein Sprachförderkonzept erarbeiten und umsetzen.

Schon ab der Schulanfangsphase soll der Deutschförderunterricht verstärkt durchgeführt werden. Kinder, welche die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, müssen früher und besser als bisher gefördert werden. Dafür benötigen wir deutlich mehr und speziell ausgebildete Pädagogen.

Für Schulen mit hohem Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ist die Einrichtung von sogenannten „Deutsch-Garantie-Klassen“ zu prüfen. Dieses Angebot sieht - unabhängig von der ethnischen Herkunft - die Einrichtung von Klassen vor für Kinder mit einwandfreien Deutschkenntnissen. Ein erfolgreiches Beispiel kennen wir aus dem Bezirk Mitte. Es besteht damit berechtigte Hoffnung, dass Kinder bildungsnaher Familien nicht aus dem staatlichen Schulsystem in Privatschulen abwandern. Dadurch ließe sich eine bessere soziale Durchmischung erreichen.

Deutsch als Sprache auf den Schulhöfen und im Schulgebäude muss an den Schulen in unserem Bezirk wieder zum Normalfall werden. Wir wollen unsere Schulen ermuntern und politisch dabei unterstützen, ihre Schulordnungen dementsprechend gemeinsam mit Eltern, Schüler und Lehrern zu verändern. Je vielfältiger die Kulturen und die Herkunft der Kinder an den Schulen sind, desto wichtiger ist eine Alle verbindende Sprache.

Bei der Sprachstandsfeststellung ein Jahr vor Einschulung und bei den Anträgen für die Anmeldung der Schulanfänger wird jeweils deutlich, dass ein Teil der Kinder keinen deutschen Wohnsitz hat. Mit dem fehlenden Wohnsitz entfällt auch der Anspruch auf Kindergeld. Hier muss über das Melderecht eingegriffen werden, damit diese Form von Missbrauch des Sozialstaats beendet wird.

Konkurrenzfähige Bezahlung

Viele gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer werden durch andere Bundesländer mit der Aussicht auf deutlich höhere Nettogehälter abgeworben. In den nächsten Jahren werden

auch weiterhin mehr Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden als ausgebildete Pädagogen die Universitäten verlassen. Wenn das Land Berlin seine freiwerdenden Lehrerstellen wieder besetzen will, müssen die Realeinkommen für Lehrer deutlich angehoben werden, denn Berlin braucht die besten Lehrer und Lehrerinnen – mehr als jedes andere Bundesland. Der einfachste und schnellste Weg Berlin bei der Lehrerbezahlung wieder konkurrenzfähig zu machen, ist die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrern in Berlin. Die CDU wird sich deshalb für diese Maßnahme einsetzen.

Grundschule

Seit der verpflichtenden Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) in der Schulanfangsphase reißen die Diskussionen um den Sinn dieser Maßnahme nicht ab. Ob die Grundschulen das jahrgangsübergreifende Lernen oder das nach Jahrgangsstufen orientierte Unterrichtsmodell anwenden, soll allen Grundschulen freigestellt werden, ohne diese Entscheidung an Bedingungen zu knüpfen. Es muss hier eine vollständige Wahlfreiheit für die Schulen geben.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ganztagsbetrieb mit ergänzender Förderung und Betreuung bis 16 Uhr teilnehmen können, unabhängig von einer Bedarfsprüfung. Die derzeitig unterschiedlichen Regelungen zwischen Kindertagesstätten, weiterführenden Schulen und sogar innerhalb der verschiedenen Jahrgangsstufen in der Grundschule sind nicht mehr nachvollziehbar. Daher stellt sich die CDU uneingeschränkt hinter das Volksbegehren Grundschule. Wir streben außerdem an, dass allen Kindern ein kostenloses Mittagessen angeboten wird und Berlin am europäischen Schulobstprogramm teilnimmt.

Die CDU will auch erreichen, dass während der Ganztagsbetreuung allen Kindern eine sinnvolle und interessenorientierte Freizeitgestaltung ermöglicht wird. Zu den Aufgaben der ergänzenden Förderung und Betreuung durch die Schulen gehört auch eine qualifizierte Hilfestellung bei den Hausaufgaben. Deshalb sollen sich die Pädagogen-Teams der Schulen künftig noch besser abstimmen, um Schülerinnen und Schüler qualifiziert fördern zu können.

Oberschulen

Die jüngste Reform des Schulgesetzes führte beginnend mit dem Schuljahr 2010/11 zur Abschaffung von Haupt- und Realschulen und der Einführung der integrierten Sekundarschule. Bei Umsetzung dieser Schulstrukturreform müssen die Bezirke und die Schulen besser darin unterstützt werden, ihre pädagogischen Konzepte entwickeln zu können. Gleichzeitig müssen die baulichen Voraussetzungen wie Mensen, Freizeitbereiche, usw. geschaffen werden. Bislang besteht durch die Unterfinanzierung der Reform die Gefahr, dass durch die ungleichen Startvoraussetzungen der Schulen neue Restschulen entstehen.

In Bezug auf die Gymnasien setzt sich die CDU als einzige Partei für den Erhalt dieser leistungsstarken Schulen ein. Im Rahmen der Schulstrukturreform wurden an Gymnasien von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt Verschlechterungen bei der Lehrerausstattung vorgenommen, die es zu korrigieren gilt. Bislang gewährleistet der Senat z. B. auch kein vernünftiges Ganztagsbetreuungsangebot für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 an grundständigen Gymnasien, obwohl ein rechtlicher Anspruch darauf besteht. Stattdessen werden die Kinder auf naheliegende

Grundschulen verwiesen. Sukzessive müssen deshalb die Voraussetzungen des Ganztagsbetriebs auch an den Gymnasien geschaffen werden.

Der gymnasiale Bildungsgang beginnt mit der 5. bzw. 7. Klasse. Wir wollen als Zugangskriterium ein strukturiertes Aufnahmeverfahren, das aus einem Test, Probeunterricht und einem Gespräch mit der Schulleitung besteht. Die CDU lehnt das Losverfahren entschieden ab. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Wohnortnähe eines von mehreren Kriterien bei der Schulplatzauswahl an Oberschulen sein muss und die Geschwisterregelung als Aufnahmekriterium wieder aufgenommen wird.

Im Jahr 2010 hatte mit Unterstützung der CDU das Rückert-Gymnasium endlich Erfolg: seit dem Schuljahr 2010/11 wird dem Wunsch der Schule entsprechend eine zweite 5. Klasse im deutsch-französischen bilingualen Bildungsgang angeboten. Weiterhin werden wir uns auch für das Eckener-Gymnasium einsetzen, das eine zweite altsprachlich orientierte 5. Klasse entsprechend der hohen Nachfrage eröffnen möchte.

Privatschulen (Schulen in freier Trägerschaft)

Vor dem Hintergrund der von der CDU immer unterstützten Bildungsvielfalt sind gleiche und faire Rahmenbedingungen zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft zu schaffen. Das bedeutet, dass auch Privatschulen an den Vergleichsarbeiten teilnehmen sollen und die finanziellen Bedingungen für die Privatschulen verbessert werden müssen. Die im Bezirk existierenden Privatschulen sind als Angebotsalternative zu stärken, dies gilt insbesondere bei der Suche nach Räumen, z. B. in nicht mehr genutzten öffentlichen Schulgebäuden.